

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

AB --- 31109 -- 6156/63

Bonn, den 19. November 1963

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom
4. August 1962 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Kolumbien über
deutsche Vermögenswerte in Kolumbien

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des
Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und spanischer
Sprache sowie eine Denkschrift sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 262. Sitzung am 15. November 1963
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 4. August 1962
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien
über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bogotá am 4. August 1962 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Aufgaben der nach Ziffer 2 des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien zu bestimmen-

den deutschen Dienststelle werden von dem Bundesminister der Finanzen durchgeführt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 9 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Aus Artikel 2 des Abkommens ergibt sich, daß das gleichzeitig veröffentlichte und in Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes erwähnte Zusatzprotokoll einen Bestandteil des Abkommens bildet.

Zu Artikel 2

Nach Ziffer 2 des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien ist von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine deutsche Dienststelle zu bestimmen, welche die im Zusatzprotokoll bezeichneten Aufgaben durchzuführen hat. Der Bundesminister der Finanzen wird sich, wie dies auch bei

der Durchführung anderer Vermögensabkommen geschehen ist, einer ihm nachgeordneten Dienststelle bedienen.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 9 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kolumbien
über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien

Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República de Colombia
sobre bienes alemanes en Colombia

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK KOLUMBIEN,

VON DEM WUNSCH GELEITET, im Geiste der zwischen ihren Völkern und Regierungen bestehenden Beziehungen herzlicher Freundschaft, die Fragen zu regeln, welche sich durch die Maßnahmen ergeben haben, die von der Republik Kolumbien im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg bezüglich deutscher Vermögenswerte getroffen worden sind,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Die Republik Kolumbien wird an die Order der Bundesrepublik Deutschland den Betrag von 16 Millionen kol. Pesos zur Verfügung stellen als Entschädigung für die auf Grund kolumbianischer Maßnahmen der Treuhandverwaltung des Fondo de Estabilización unterworfenen deutschen Vermögenswerte, die in den der Regierung der Bundesrepublik Deutschland von der Regierung der Republik Kolumbien zu übermittelnden Listen des Fondo de Estabilización aufgeführt sind.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland wird den Betrag von 16 Millionen kol. Pesos nach Maßgabe der Bestimmungen des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen an die in den Listen des Fondo de Estabilización verzeichneten Berechtigten verteilen. Die Berechtigten erhalten jeweils den Betrag, der zu dem für sie in den Listen des Fondo de Estabilización eingetragenen Betrag in dem gleichen Verhältnis steht wie der nach diesem Abkommen zu verteilende Betrag zur Gesamthöhe der Listeneintragungen.

Artikel 3

Zu der in diesem Abkommen vorgesehenen Verteilung kann sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Hilfe eines privaten Unternehmens mit Sitz, Niederlassung oder Vertretung in Kolumbien bedienen.

Artikel 4

Um die Verteilung der nach diesem Abkommen vorgesehenen Entschädigungsbeträge zu erleichtern und um Fragen zu klären, die mit den in Artikel 1 bezeichneten Maßnahmen im Zusammenhang stehen, wird die Regierung der Republik Kolumbien auf Wunsch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder der von ihr Beauftragten alle erforderlichen Auskünfte und Unterlagen zur Verfügung stellen.

LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

y

LA REPÚBLICA DE COLOMBIA,

CON EL PROPÓSITO DE RESOLVER, dentro del mismo espíritu de cordial amistad que orienta las relaciones de sus pueblos y Gobiernos, las cuestiones derivadas de las medidas que sobre bienes alemanes adoptó la República de Colombia con motivo de la Segunda Guerra Mundial,

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

Artículo primero

La República de Colombia pagará a la orden de la República Federal de Alemania, la suma de 16 millones de pesos colombianos, a título de indemnización por las disposiciones colombianas que sometieron los bienes alemanes al régimen de administración fiduciaria del Fondo de Estabilización, los que figuran en las listas del Fondo de Estabilización que el Gobierno de la República de Colombia transmitirá al Gobierno de la República Federal de Alemania.

Artículo segundo

La República Federal de Alemania distribuirá la suma de 16 millones de pesos colombianos conforme a lo establecido en el Protocolo Anexo, entre los causahabientes mencionados en las listas del Fondo de Estabilización. Los causahabientes recibirán cada uno la cantidad que con relación a la que figura registrada a su favor en las listas del Fondo de Estabilización guarde la misma proporción existente entre el total que se distribuirá conforme al presente Convenio y el monto total que arrojen los registros de tales listas.

Artículo tercero

Para los fines de la distribución consagrada en este Convenio, el Gobierno de la República Federal de Alemania podrá utilizar los servicios de una entidad privada con sede, sucursal o representación en Colombia.

Artículo cuarto

Para facilitar la distribución de las indemnizaciones contempladas en el presente Convenio y para aclarar asuntos tocantes con el Artículo 1º de este Instrumento, el Gobierno de la República de Colombia proporcionará, a instancias del Gobierno de la República Federal de Alemania o de sus representantes autorizados, todos los informes y antecedentes que se estimaren necesarios.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Wünsche der Republik Kolumbien unterstützen, daß die Berechtigten den nach Artikel 2 zu zahlenden Entschädigungsbetrag in Kolumbien investieren.

Artikel 6

Im Hinblick auf die in diesem Abkommen getroffene Regelung betrachtet die Bundesrepublik Deutschland Fragen, die im Zusammenhang mit der Treuhandverwaltung deutscher Vermögenswerte durch den Fondo de Estabilización entstanden sind, als endgültig erledigt; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird dementsprechend gegenüber der Regierung der Republik Kolumbien Ansprüche hinsichtlich der Beschlagnahme und Liquidation deutscher Vermögenswerte nicht mehr geltend machen.

Artikel 7

Unberührt durch dieses Abkommen bleiben die Vereinbarungen der Hohen Vertragsparteien vom 27. August 1954 über die Rückgabe des deutschen gewerblichen Eigentums und die Vorschriften des auf Grund dieser Vereinbarungen erlassenen Dekrets Nr. 3109 der Regierung der Republik Kolumbien vom 22. Oktober 1954 über die Durchführung der Löschung der zugunsten der Republik Kolumbien bestehenden Eintragungen und Registrierungen von Warenzeichen, Patenten, gewerblichen Mustern und Modellen sowie deren Übertragung zugunsten Deutscher.

Artikel 8

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kolumbien innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage in Kraft, an dem die Regierungen der beiden Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN zu Bogotá am 4. August 1962 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Anton Mohrmann

Für die Republik Kolumbien:

José Joaquín Caicedo Castilla

Artículo quinto

El Gobierno de la República Federal de Alemania apoyará el deseo de la República de Colombia tendiente a que se inviertan en Colombia los dineros que serán pagados a los causahabientes por concepto de la indemnización a que se refiere el Artículo 2º.

Artículo sexto

En vista del acuerdo a que se ha llegado con el presente Convenio, la República Federal de Alemania considera arreglados definitivamente los asuntos originados en la administración fiduciaria de bienes alemanes por el Fondo de Estabilización; en consecuencia el Gobierno de la República Federal de Alemania no planteará al de la República de Colombia, en lo futuro, reclamaciones relativas a la incautación y liquidación de bienes alemanes.

Artículo séptimo

El presente Convenio no afecta los acuerdos de las Altas Partes Contratantes, celebrados el 27 de Agosto de 1954, sobre devolución de la propiedad industrial alemana, ni las disposiciones consignadas en el Decreto del Gobierno de la República de Colombia número 3109, del 22 de Octubre de 1954, dictado en virtud de tales acuerdos, sobre la cancelación de la inscripción y de los registros que existen a favor de la República de Colombia, de marcas, patentes, dibujos y modelos industriales, y su traspaso a favor de alemanes.

Artículo octavo

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlin, a menos que el Gobierno de la República Federal de Alemania haga una declaración en contrario al Gobierno de la República de Colombia dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo noveno

El presente Convenio entrará en vigencia un mes después de la fecha en la que los Gobiernos de ambas Partes Contratantes se comuniquen mutuamente que las exigencias constitucionales para la entrada en vigor del Convenio han sido cumplidas.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL, los Plenipotenciarios suscritos, debidamente autorizados, han firmado el presente Convenio.

HECHO en Bogotá, el cuatro de Agosto de mil novecientos sesenta y dos, en cuatro ejemplares, dos en lengua alemana y dos en lengua española, siendo cada uno de los cuatro textos igualmente válido.

Por la República de Colombia:

José Joaquín Caicedo Castilla

Por la República Federal de Alemania:

Anton Mohrmann

Zusatzprotokoll
zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kolumbien
über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien

Protocolo Anexo
entre la República Federal de Alemania
y la República de Colombia
sobre bienes Alemanes en Colombia

Zu Artikel 1

1. Die Republik Kolumbien wird den Entschädigungsbetrag in Höhe von 16 Millionen kol. Pesos innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Abkommens auf einem ihr von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch zu benennenden Konto in Bogotá zur Verfügung stellen.

Zu Artikel 2

2. Eine von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmende deutsche Dienststelle wird eine Tabelle anlegen, in welche die Berechtigten, die für sie in den Listen des Fondo de Estabilización enthaltenen Beträge und die auf sie entfallenden Entschädigungsbeträge in kol. Pesos nach Maßgabe der Ziffer 4 einzutragen sind.
3. Die deutsche Dienststelle wird den Berechtigten oder dem nach Ziffer 11 Abs. 1 zu bestellenden Treuhänder Mitteilungen über die Eintragungen in die Tabelle zustellen und hierbei gleichzeitig die Entschädigungsbeträge nennen, die für die Berechtigten eingetragen werden sollen.
4. Der Entschädigungsbetrag ist nur dann einzutragen, wenn die Mitteilung nach Ziffer 3 zugestellt oder wenn ein innerhalb der in Ziffer 6 Abs. 2 bezeichneten Frist gestellter Antrag auf Eintragung in die Tabelle von der deutschen Dienststelle anerkannt worden ist.

Wird von dem Berechtigten gegen die Mitteilung ein Widerspruch oder gegen die Zurückweisung des Widerspruchs oder des Antrages auf Eintragung in die Tabelle Klage nach Ziffer 7 erhoben, so ist der Entschädigungsbetrag erst einzutragen, wenn er unanfechtbar festgestellt worden ist.

5. Gegen die Mitteilung der deutschen Dienststelle nach Ziffer 3 ist der Widerspruch zulässig.

Der Widerspruch ist innerhalb von drei Monaten nach Zustellung der Mitteilung bei der deutschen Dienststelle zu erheben.

Die Frist gilt auch als gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der drei Monate bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá eingegangen ist.

Die deutsche Dienststelle wird auf den Widerspruch einen Bescheid erteilen; erteilt sie diesen nicht innerhalb von drei Monaten, so gilt der Widerspruch als durch Bescheid zurückgewiesen.

En cuanto al Artículo 1º.

1. La República de Colombia pondrá a la órden del Gobierno de la República Federal de Alemania, dentro del mes siguiente a la entrada en vigor del Convenio, en una cuenta en Colombia que éste señalará, la indemnización en cuantía de 16 millones de pesos colombianos.

En cuanto al Artículo 2º.

2. Una autoridad alemana que será designada por el Gobierno de la República Federal de Alemania, elaborará un cuadro en el que se inscribirán los causahabientes, las cifras para ellos registradas en las listas del Fondo de Estabilización y las indemnizaciones que les correspondan en pesos colombianos, según lo dispuesto en el numeral 4º.
3. La autoridad alemana notificará a los causahabientes o al tenedor fiduciario que se nombrará conforme al numeral 11º, parágrafo primero, las inscripciones en dicho cuadro e indicará al mismo tiempo las indemnizaciones que se registraran para los causahabientes.
4. Sólo se inscribirá el monto de la indemnización, cuando se haya hecho la notificación que establece el numeral 3º, o cuando haya sido aprobada por la autoridad alemana la solicitud de inscripción en el cuadro, presentada dentro del plazo determinado en el numeral 6º, parágrafo segundo.

Si el causahabiente presentare una reclamación contra la notificación o una demanda, según el numeral 7º, contra la desestimación de la reclamación o de la solicitud de inscripción en dicho cuadro la indemnización sólo se inscribirá en su caso, si ella consta inapelablemente.

5. De conformidad con el numeral 3º es procedente reclamar contra la notificación de la autoridad alemana.

La reclamación deberá presentarse ante la autoridad alemana en el término de tres meses, contados a partir de la fecha de la notificación.

Se considerará cumplido el término anterior si dentro de los tres meses aludidos ha sido presentada la reclamación ante la Embajada de la República Federal de Alemania en Bogotá.

La autoridad alemana notificará lo resuelto sobre la reclamación; si en el plazo de tres meses no se notificare lo resuelto, se considerará desestimada la reclamación, tal como si hubiese sido notificada negativamente.

6. Berechtigte, die innerhalb von sechs Monaten seit Inkrafttreten dieses Abkommens keine Mitteilung gemäß Ziffer 3 erhalten haben, können bei der deutschen Dienststelle einen Antrag auf Eintragung in die Tabelle stellen.

Der Antrag ist nur innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des in Absatz 1 genannten Zeitraums zulässig; Ziffer 5 Abs. 3 gilt entsprechend.

Die deutsche Dienststelle hat dem Antragsteller einen Bescheid darüber zu erteilen, ob und mit welchem Betrag er in die Tabelle eingetragen worden und welcher Entschädigungsbetrag für ihn vorgesehen ist; erteilt sie diesen Bescheid nicht innerhalb von 3 Monaten, so gilt der Antrag als durch Bescheid zurückgewiesen.

7. Gegen Bescheide nach den Ziffern 5 Abs. 4 und 6 Abs. 3 ist innerhalb einer Frist von drei Monaten Klage vor dem zuständigen deutschen Verwaltungsgericht zulässig. Die Klage kann nur damit begründet werden, daß der Berechtigte oder der für ihn in den Listen des Fondo de Estabilización aufgeführte Betrag nicht oder nicht richtig in die Tabelle der Ziffer 2 eingetragen worden sind oder der vorgesehene Entschädigungsbetrag nicht richtig errechnet worden ist.
8. Nach Eintragung eines Entschädigungsbetrages gemäß den Ziffern 2 und 4 wird die deutsche Dienststelle vorbehaltlich der Ziffer 9 die Anweisung erteilen, die Auszahlung in Höhe des in der Tabelle enthaltenen Entschädigungsbetrages an den Berechtigten vorzunehmen.
9. Voraussetzung für die Auszahlungsanweisung nach Ziffer 8 ist die schriftliche Erklärung des Berechtigten, daß er nach Auszahlung des Entschädigungsbetrages gegen die Republik Kolumbien keine über die Regelung des Abkommens hinausgehenden Ansprüche erheben wird.
10. Ausschüttungen werden nicht vorgenommen, wenn der in den Listen des Fondo de Estabilización aufgeführte Betrag im Einzelfall niedriger als 20 kol. Pesos ist.
11. Die deutsche Dienststelle wird für Berechtigte mit Sitz oder Wohnsitz außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland und von Berlin (West), soweit nicht besondere Umstände dies entbehrlich machen, einen Treuhänder bestellen.
- Das gleiche gilt, soweit sonstigen Berechtigten die nach Ziffer 4 eingetragenen Entschädigungsbeträge mangels der nach Ziffer 9 erforderlichen Voraussetzung nicht binnen einer angemessenen Frist ausbezahlt werden können.
12. Über die nach Durchführung der Ausschüttungen auf dem in Ziffer 1 genannten Konto etwa noch verbleibenden Mittel wird die deutsche Dienststelle zur Milderung von Härten durch Gewährung von Ausnahmehzahlungen verfügen. Ein Ausnahmefall ist dann gegeben, wenn nachweislich über deutsche Vermögenswerte auf Grund der in Artikel 1 des Abkommens bezeichneten Maßnahme verfügt, jedoch ein Betrag in die Listen des Fondo de Estabilización nicht eingetragen worden ist, oder wenn die in Ziffer 6 Abs. 2 bezeichnete Frist unverschuldet versäumt worden ist. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Ausnahmehzahlungen besteht nicht.
5. Los causahabientes que no hayan recibido ninguna notificación, según el numeral 3º, dentro de los seis meses contados a partir de la fecha en que entre en vigor este Convenio, podrán presentar ante la autoridad alemana una solicitud de inscripción en dicho cuadro.
- La solicitud se admitirá sólo dentro de los tres meses siguientes a la expiración del periodo mencionado, en el párrafo precedente y para este efecto regirá lo consagrado en el párrafo 3º, del numeral 5º.
- La autoridad alemana notificará al solicitante si ha sido inscrito en el cuadro, en cuyo caso indicará igualmente la suma y la indemnización correspondientes; si en el plazo de tres meses no se notificare lo resuelto, se considerará desestimada la solicitud tal como si hubiese sido notificada negativamente.
7. Contra las notificaciones de lo resuelto según los numerales 5º, párrafo 4º, y 6º, párrafo 3º, se admitirá demanda ante el Tribunal Administrativo alemán competente, dentro de un término de tres meses. Sólo podrá fundamentarse la demanda en que el causahabiente o la suma registrados en las listas del Fondo de Estabilización, no hayan sido inscritos o no lo hayan sido correctamente en el cuadro del numeral 2º, o en que la indemnización prevista no haya sido calculada correctamente.
8. Una vez efectuada según los numerales 2º y 4º la inscripción de una indemnización, la autoridad alemana dará orden de efectuar, con reserva del numeral 9º, el pago de la indemnización al causahabiente en la cuantía inscrita en el cuadro.
9. Constituye condición previa para la orden de pago según el numeral 8º, la declaración escrita del causahabiente de que una vez efectuado el pago de la indemnización, no formulará contra la República de Colombia reclamaciones que excedan el arreglo acordado en el Convenio.
10. No se abonará indemnización si la suma individual registrada en las listas del Fondo de Estabilización es inferior a veinte pesos colombianos.
11. La autoridad alemana nombrará un tenedor fiduciario para la administración de los bienes de los causahabientes con sede o domicilio fuera del territorio de la República Federal de Alemania y de Berlin (Occidental), a menos que se pueda prescindir de ello debido a circunstancias especiales.
- Lo mismo rige, en cuanto no se les puedan abonar a otros causahabientes, dentro de un plazo razonable, las indemnizaciones inscritas según el numeral 4º, por falta de cumplimiento en la condición previa, exigida en el numeral 9º.
12. De los fondos eventualmente remanentes en la cuenta mencionada en el numeral 1º, después de efectuados los pagos de indemnizaciones, dispondrá la autoridad alemana a su buen juicio, mediante concesiones o reparaciones, para atender aquellos casos que lo merezcan. Tales casos existen si comprobadamente se ha dispuesto de bienes alemanes en virtud de las disposiciones mencionadas en el Artículo 1º del Convenio, y si a pesar de ello no figura registrada una cifra en las listas del Fondo de Estabilización, o si se ha dejado expirar sin culpa propia el plazo que establece el numeral 6º, párrafo segundo. Lo dispuesto en este numeral no funda derecho alguno para reclamar tales concesiones o reparaciones.

Anträge auf Ausnahmezahlungen können nur innerhalb einer Frist von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens bei der deutschen Dienststelle gestellt werden.

Zu Artikel 3

13. Zur Deckung etwaiger bei der Durchführung der Verteilung entstehender Kosten kann die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einen angemessenen Betrag von dem in Artikel 1 des Abkommens bezeichneten Entschädigungsbetrag verwenden.

Dieses Zusatzprotokoll ist integrierender Bestandteil des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien unterzeichneten Abkommens über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien.

GESCHEHEN zu Bogotá am 4. August 1962 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Anton Mohrmann

Für die Republik Kolumbien:

José Joaquín Caicedo Castilla

Las solicitudes pertinentes podrán presentarse a la autoridad alemana sólo dentro de un plazo de dos años, contados a partir de la fecha en que entre en vigor el Convenio.

En cuanto al Artículo 3º.

13. Para sufragar los gastos que ocasionare la ejecución de la distribución, el Gobierno de la República Federal de Alemania podrá retener una suma equitativa del monto de la indemnización, fijada en el Artículo 1º del Convenio.

Este Protocolo Anexo forma parte integrante del Convenio firmado hoy entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia sobre bienes alemanes en Colombia.

HECHO en Bogotá, el cuatro de Agosto de mil novecientos sesenta y dos, en cuatro ejemplares, dos en lengua alemana y dos en lengua española, siendo cada uno de los cuatro textos igualmente válido.

Por la República Federal de Alemania:

Anton Mohrmann

Por la República de Colombia:

José Joaquín Caicedo Castilla

Briefwechsel

República de Colombia
Ministerio de Relaciones Exteriores
No. SG 235

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Embajada
de la República Federal
de Alemania
No. 1918

Bogotá, 4 de Agosto de 1.962

Bogotá, den 4. August 1962

Señor Embajador:

Herr Minister!

Ich beehre mich, den Empfang des Briefes No. SG 235 vom 4. August 1962 zu bestätigen, der folgenden Inhalt hat:

De conformidad con lo ofrecido a Vuestra Excelencia en nuestras conversaciones que concluyeron en esta fecha, en la firma del Convenio sobre bienes alemanes en Colombia, entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia, me es grato precisar a continuación el alcance que dentro de las normas jurídico-constitucionales colombianas, tienen las sentencias proferidas por la Honorable Corte Suprema de Justicia de Colombia, en materia de inexecuibilidad de las leyes o decretos legislativos.

„Ich beehre mich, Eurer Exzellenz im folgenden darzulegen, welche Bedeutung die vom Kolumbianischen Obersten Gerichtshof hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der Gesetze oder Gesetzesdekrete erlassenen Urteile im Rahmen der kolumbianischen Verfassung haben, wie dies Eurer Exzellenz in den Verhandlungen, die heute zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien geführt haben, in Aussicht gestellt wurde.

El Artículo 214 de la Constitución Nacional atribuye competencia a la Corte Suprema de Justicia para decidir definitivamente sobre la exequibilidad de todas las leyes o decretos con fuerza de ley, cuando fueren acusados ante ella de inconstitucionalidad por cualquier ciudadano.

Nach Artikel 214 der kolumbianischen Verfassung entscheidet der Oberste Gerichtshof endgültig über die Verfassungsmäßigkeit aller Gesetze und Gesetzesdekrete, wenn sie von einem Staatsbürger wegen Verfassungswidrigkeit vor diesem Gerichtshof angefochten werden.

El artículo anteriormente citado consagra una acción pública en beneficio de la juridicidad de las leyes o decretos con fuerza de ley, los cuales deben estar de acuerdo con la Constitución, norma suprema del Estado colombiano.

Durch den obengenannten Artikel wird ein öffentliches Verfahren ermöglicht hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Gesetze und Gesetzesdekrete, welche mit der Verfassung, der obersten Norm der Republik Kolumbien, übereinstimmen müssen.

Por otra parte, es incontrovertible, según la jurisprudencia reiterada de la Corte Suprema de Justicia y la naturaleza jurídica de la acción de que antes se habló, que la sentencia que declara la inconstitucionalidad de una ley o de un decreto con fuerza de ley, tiene efectos generales inmediatos. Por lo tanto, en la fecha de la sentencia el acto acusado deja de tener existencia legal y por lo mismo deja de ser obligatoria para el Estado y para los ciudadanos.

Nach ständiger Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes und entsprechend der juristischen Bedeutung dieses öffentlichen Verfahrens ist es eindeutig, daß das Urteil, welches die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes oder Gesetzesdekretes feststellt, sofort allgemeine Wirkung hat. Mit Rechtskraft des Urteils hört daher das Gesetz oder Gesetzesdekret, soweit es angefochten ist, rechtlich zu bestehen auf; es ist somit weder für den Staat noch für die Staatsbürger weiterhin rechtsverbindlich.“

Con esta oportunidad, reitero a Vuestra Excelencia las expresiones de mi más alta y distinguida consideración.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

José Joaquín Caicedo Castilla

Anton Mohrmann

A Su Excelencia
el señor Anton Mohrmann
Embajador Extraordinario y Plenipotenciario
de la República Federal de Alemania
La Ciudad.—

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Beziehungen
der Republik Kolumbien
Dr. Don José Joaquín Caicedo Castilla
Bogotá

República de Colombia
Ministerio de Relaciones Exteriores
No. SG 236

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Embajada
de la República Federal
de Alemania
Nr. 1919

Bogotá, 4 de Agosto de 1.962

Bogotá, den 4. August 1962

Señor Embajador:

Herr Minister!

Ich beehre mich, den Empfang des Briefes No. SG 236 vom 4. August 1962 zu bestätigen, der folgenden Inhalt hat:

Conforme a lo previsto en el Artículo 1º del Convenio sobre bienes alemanes en Colombia, firmado hoy entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia, tengo el honor de transmitir a Vuestra Excelencia las listas que me han sido enviadas por el Fondo de Estabilización del Banco de la República y que se elaboraron por éste en desarrollo de las funciones que sobre bienes alemanes encargó al Fondo la Ley 39 de 1.945.

„Ich beehre mich, Eurer Exzellenz entsprechend dem Artikel 1 des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien, die Listen zu übermitteln, die mir vom Fondo de Estabilización del Banco de la República übersandt und die von dem Fondo in Erfüllung der ihm durch das Gesetz 39 von 1945 übertragenen Aufgaben aufgestellt wurde.“

Die in dem angezogenen Brief genannten Listen sind von dem Unterzeichneten in Empfang genommen worden.

Con esta oportunidad, reitero a Vuestra Excelencia las expresiones de mi más alta y distinguida consideración.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

José Joaquín Caicedo Castilla

Anton Mohrmann

A Su Excelencia
el señor Anton Mohrmann,
Embajador Extraordinario y Plenipotenciario
de la República Federal de Alemania.
La Ciudad.—

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Beziehungen
der Republik Kolumbien
Dr. Don José Joaquín Caicedo Castilla
Bogotá

República de Colombia
Ministerio de Relaciones Exteriores
No. SG 237

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Embajada
de la República Federal de Alemania
No. 1920

Bogotá, 4 de Agosto de 1.962

Bogotá, den 4. August 1962

Señor Embajador:

Con referencia al numeral 9º del Protocolo Anexo al Convenio, firmado hoy entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia, sobre bienes alemanes en Colombia, tengo el honor de transmitir a Vuestra Excelencia el modelo de renuncia por parte de los causahabientes mencionados en el citado numeral, a reclamaciones contra el Gobierno de la República de Colombia, cuyo texto es el siguiente:

“Yo, el suscrito
mayor de edad, vecino de
identificado como aparece al pie de mi firma, actuando
en mi propio nombre (o como representante legal de
..... debidamente facultado)
declaro lo siguiente:

Estoy conforme y acepto el pago de la suma de
\$. moneda legal colombiana como repara-
ción por todos los perjuicios que se me ocasionaron con
motivo de la administración fiduciaria ejercida sobre
mis bienes por el Fondo de Estabilización, y con la
aplicación de la Ley 39/45 y disposiciones concordantes.

En consecuencia en forma expresa renuncio a todo
derecho que tenga o pudiere tener para demandar a la
República de Colombia por razón de los dichos per-
juicios.”

Con esta oportunidad, reitero a Vuestra Excelencia
las expresiones de mi más alta y distinguida considera-
ción.

José Joaquín Caicedo Castilla

A Su Excelencia
el señor Anton Mohrmann
Embajador Extraordinario y Plenipotenciario
de la República Federal de Alemania
La Ciudad.—

Herr Minister!

Ich beehre mich, den Empfang des Briefes No. SG 237
vom 4. August 1962 zu bestätigen, der folgenden Inhalt
hat:

„Unter Bezugnahme auf Ziffer 9 des Zusatzprotokolls
zu dem heute unterzeichneten Abkommen zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolum-
bien über deutsche Vermögenswerte in Kolumbien
beehre ich mich, Eurer Exzellenz das Muster der Ver-
zichtserklärung zu übermitteln, durch deren Abgabe die
in Ziffer 9 bezeichneten Berechtigten auf Ansprüche
gegen die Republik Kolumbien verzichten würden und
die folgenden Wortlaut hat:

„Ich, der Unterzeichnete
volljährig, wohnhaft in
wie unter der Unterschrift ausgewiesen, erkläre im
eigenen Namen (oder als gehörig bevollmächtigter
gesetzlicher Vertreter des)
folgendes:

Ich bin einverstanden, die Zahlung von
kol. Pesos als Entschädigung für alle mir durch die
vom Fondo de Estabilización über meine Vermögens-
werte ausgeübte Treuhandverwaltung und durch die
Anwendung des Gesetzes 39/45 nebst der entsprechen-
den Bestimmungen entstandenen Schäden anzunehmen.

Ich verzichte ausdrücklich auf alle weiteren An-
sprüche, die mir gegenüber der Republik Kolumbien
auf Grund der genannten Schädigungen zustehen
könnten.”

Ich darf Eurer Exzellenz mitteilen, daß die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland mit dem Inhalt des er-
wähnten Briefes einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner aus-
gezeichneten Hochachtung.

Anton Mohrmann

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Beziehungen
der Republik Kolumbien
Dr. Don José Joaquín Caicedo Castilla
Bogotá

Denkschrift

I. Allgemeines

A. Das kolumbianische Gesetz Nr. 39 vom Dezember 1945 ordnete die Liquidierung des während des zweiten Weltkrieges unter die Treuhandverwaltung des Fondo de Estabilización gestellten deutschen Vermögens in Kolumbien an. Der Fondo de Estabilización veräußerte in der Folgezeit einen wesentlichen Teil des deutschen Vermögens. Den Eigentümern wurde in den Büchern des Fondo de Estabilización Gutschrift erteilt. Die Gesamtsumme der Gutschriften beläuft sich auf rund 18 Millionen Pesos.

Das Vermögen derjenigen deutschen Staatsangehörigen, die in Kolumbien ansässig geblieben waren und eine als „Kriegsquote“ bezeichnete Sonderabgabe in Höhe von 5 bis zu 50 vom Hundert des beschlagnahmten Vermögenswertes an den kolumbianischen Staat gezahlt hatten, wurde nicht liquidiert, sondern grundsätzlich zurückgegeben. Desgleichen wurden Kleinstvermögen und Kulturvermögen, z. B. Schulen, zurückgegeben. Über die Rückgabe der gewerblichen Schutzrechte wurden zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien Sondervereinbarungen getroffen (vgl. Artikel 7 des Abkommens).

B. 1. Gegen das Gesetz Nr. 39 wurde 1946 von kolumbianischer Seite Klage beim Obersten Gerichtshof wegen Verstoßes gegen die kolumbianische Verfassung eingereicht. Am 12. Dezember 1958 entschied dieser, daß die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes Nr. 39, soweit sie sich nicht auf Eigentum des Deutschen Reichs beziehen, verfassungswidrig seien, weil eine Liquidierung von Privateigentum deutscher Staatsangehöriger gegen Artikel 11 der Verfassung verstoße, wonach Ausländer in Kolumbien dieselben bürgerlichen Rechte haben wie kolumbianische Staatsangehörige.

2. Die Erwartung, daß die kolumbianische Regierung auf Grund dieses Urteils von sich aus den deutschen Eigentümern die Vermögenswerte zurückgeben, oder, soweit dies infolge der Liquidation nicht mehr möglich war, eine angemessene Entschädigung gewähren würde, erfüllte sich nicht. Vielmehr schien die kolumbianische Regierung zunächst nur bereit, auf Grund gerichtlicher Erkenntnisse im Einzelfall Zahlungen vorzunehmen.

Die Durchführung einer Vielzahl von sich über Jahre hinziehenden, kostspieligen Einzelklagen kam für die Berechtigten praktisch jedoch nicht in Betracht. Es war deshalb das Anliegen der Bundesregierung, im Vereinbarungswege mit der kolumbianischen Regierung eine Regelung zu finden, die den Berechtigten eine angemessene, alsbaldige Entschädigung sicherstellt.

3. Im Laufe jahrelanger Verhandlungen gelang es, eine Erhöhung des zuerst auf 5 Millionen Pesos begrenzten Angebots der kolumbianischen Regierung zur Zahlung eines Pauschalbetrages auf 16 Millionen Pesos zu erreichen (vgl. Artikel 1 des Abkommens).

Das 1961 von kolumbianischer Seite unterbreitete Angebot, die Bundesregierung möge den vorgesehenen Pauschalbetrag gegen Erteilung einer „Schlußquittung“ entgegennehmen, in welcher sie auf weitergehende Ansprüche der Berechtigten verzichtet, konnte von der Bundesregierung nicht angenommen werden, da sie hierdurch den Berechtigten etwaige weitergehende Ansprüche abgeschnitten hätte. Da deutscherseits angesichts der Entwicklung des kolumbianischen Pesos erhebliches Interesse am alsbaldigen Abschluß eines Abkommens bestand, ohne das die kolumbianische Regierung zur Auszahlung des vorgesehenen Pauschalbetrages nicht bereit war, andererseits die kolumbianische Regierung die Zahlung davon abhängig machen wollte, daß nach Zahlung keine weiteren Ansprüche aus der Beschlagnahme und Liquidation des deutschen Vermögens gegen sie geltend gemacht werden, erklärte sich die Bundesregierung bereit, unter Verzicht auf die Geltendmachung völkerrechtlicher Ansprüche (vgl. Artikel 6 des Abkommens) — jedoch ohne Beschränkung der Rechte der einzelnen Berechtigten — den Pauschalbetrag zur anteiligen Verteilung an die in den Listen des Fondo de Estabilización Aufgeführten nach Maßgabe des Abkommens entgegenzunehmen. Dieses sieht u. a. vor (vgl. Ziffer 9 des Zusatzprotokolls), daß die Auszahlung des auf den einzelnen Berechtigten entfallenden Betrages von dessen schriftlicher Erklärung abhängig ist, daß er nach Auszahlung des Entschädigungsbetrages gegen die Republik Kolumbien keine über die Regelung des Abkommens hinausgehenden Ansprüche erheben wird.

Dies bedeutet, daß die Berechtigten die Wahl haben, ob sie von den sich zu ihren Gunsten aus dem Abkommen ergebenden Möglichkeiten Gebrauch machen oder außerhalb des Abkommens angebliche weitergehende Ansprüche gegen die Republik Kolumbien geltend machen wollen.

Nach den dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stehenden Unterlagen kann erwartet werden, daß die Betroffenen sich der im Abkommen vorgesehenen Regelung anschließen werden.

Auf die in den Listen des Fondo de Estabilización enthaltenen Gutschriften können auf Grund der vorgesehenen Pauschalzahlungen voraussichtlich Beträge in Höhe von etwa 80 vom Hundert ausgeschüttet werden.

II. Die einzelnen Bestimmungen

In Artikel 1 wird die Globalsumme (16 Millionen kolumbianische Pesos) festgelegt, welche Kolumbien als Entschädigung zahlen wird. Kolumbien trägt mit der Übernahme dieser Verpflichtung dem völkerrechtlichen Grundsatz Rechnung, daß ein ausländisches Vermögen in Anspruch nehmender Staat Entschädigung zu leisten hat, sowie der obenerwähnten Entscheidung des Obersten Kolumbianischen Gerichtshofs, welcher die hinsichtlich der deutschen Vermögenswerte getroffenen Maßnahmen als zu der

kolumbianischen Verfassung im Widerspruch stehend ansieht. Zugleich wird in Artikel 1 festgestellt, für welche Vermögenswerte Kolumbien die Summe als Entschädigung an die Order der Bundesrepublik zur Verfügung stellt.

Ziffer 1 des Zusatzprotokolls (zu Artikel 1) trägt dem Umstand Rechnung, daß Kolumbien nicht bereit war, einem Transfer der Globalsumme zuzustimmen. Es ist daher vereinbart worden, daß der Entschädigungsbetrag auf einem der Republik Kolumbien von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch zu benennenden Konto in Bogotá zur Verfügung zu stellen ist. Demgemäß werden die an die Berechtigten auszuschüttenden Entschädigungsbeträge ebenfalls in Kolumbien ausgezahlt werden. Es ist der Wunsch der kolumbianischen Regierung, daß diese in Kolumbien investiert werden. Devisenbestimmungen, die einem Transfer entgegenstehen, bestehen in Kolumbien nicht.

Artikel 2, der durch die Ziffern 2 bis 12 des Zusatzprotokolls ergänzt wird, bestimmt die Art und Weise der von der Bundesrepublik Deutschland vorzunehmenden Verteilung der in Artikel 1 bezeichneten Globalsumme. Berechtig sind die natürlichen und juristischen Personen, die in den Listen eingetragen sind, welche der mit der staatlichen Verwaltung und Liquidation der deutschen Vermögenswerte in Kolumbien beauftragte Fondo de Estabilización über die ehemaligen Eigentümer und den Veräußerungserlös ihrer Vermögensgegenstände zu führen hatte. Die einzelnen Berechtigten werden in dem Verhältnis der Globalsumme zu dem Gesamtbetrag der in den Listen enthaltenen Gutschriften gleichmäßig berücksichtigt, und zwar, wie oben bereits dargelegt, etwa in Höhe von 80 vom Hundert der für sie in den Listen jeweils eingetragenen Beträge. Die Durchführung des Verteilungsverfahrens ist unter III. näher erläutert.

In Artikel 3 läßt sich die Bundesregierung die Möglichkeit bestätigen, sich für die Durchführung der Verteilung, soweit sie in Kolumbien erfolgen muß, eines privaten Unternehmens zu bedienen. Zur Deckung etwaiger hierbei entstehender Kosten, die voraussichtlich sehr gering sein werden, kann nach Ziffer 13 des Zusatzprotokolls ein angemessener Betrag aus der in Artikel 1 bezeichneten Globalsumme verwendet werden. Verteilungskosten bei deutschen Dienststellen entstehen für die Berechtigten nicht.

In Artikel 4 verpflichtet sich Kolumbien, Verwaltungshilfe bei der Durchführung des Abkommens zu leisten.

Durch Artikel 5 kommt die Bundesrepublik dem Wunsche Kolumbiens entgegen, ihren Einfluß dahingehend auszuüben, daß die auszuzahlenden Beträge möglichst zu Investitionszwecken in Kolumbien verbleiben.

Nach Artikel 6 betrachtet die Bundesregierung die Fragen, die sich durch die Maßnahmen Kolumbiens zwischen den beiden Staaten ergeben haben, als durch das Abkommen geregelt und verpflichtet sich, insoweit Ansprüche gegenüber Kolumbien in Zukunft nicht mehr geltend zu machen. Die endgültige Berücksichtigung der Ansprüche der einzelnen Berechtigten setzt voraus, daß sie die in Ziffer 9 des Zusatzprotokolls vorgesehene Erklärung abgeben.

Nach Artikel 7 bleibt die dort genannte, das Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes betreffende deutsch-kolumbianische Sonderregelung aus dem Jahre 1954 unberührt.

Artikel 8 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 9 trifft Bestimmungen über das Inkrafttreten des Abkommens. Es ist nicht die Form eines Austauschs von Ratifikationsurkunden, sondern die gegenseitige Mitteilung über das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen gewählt worden.

III. Durchführung des Verteilungsverfahrens (Ziffern 2 bis 12 des Zusatzprotokolls)

Die Durchführung des Verteilungsverfahrens, das der Regelung im deutsch-schwedischen Vermögensabkommen weitgehend nachgebildet worden ist, obliegt nach Ziffer 2 des Zusatzprotokolls einer von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmenden deutschen Dienststelle. Nach Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes wird mit dieser Aufgabe entsprechend der Regelung in Vermögensabkommen mit anderen Ländern der Bundesminister der Finanzen beauftragt, der sie durch die ihm nachgeordnete Dienststelle für Auslandsvermögen, Köln-Mülheim, von Sparr-Straße 1, durchführen lassen wird.

Die Dienststelle für Auslandsvermögen trägt zunächst die Berechtigten und die für sie in den Listen des Fondo de Estabilización enthaltenen Beträge in eine Tabelle ein (Ziffer 2). Sie stellt den Berechtigten sodann eine Mitteilung über die von ihr vorgenommene Errechnung des Entschädigungsbetrages zur Anerkennung zu (Ziffer 3) und fügt der Mitteilung gleichzeitig einen Vordruck für die Erklärung des Berechtigten bei, wonach er nach Auszahlung des Entschädigungsbetrages gegen die Republik Kolumbien keine über die Regelung des Abkommens hinausgehenden Ansprüche erheben wird (Verzichtserklärung nach Ziffer 9). Erkennt der Berechtigte die Höhe des Entschädigungsbetrages an, trägt die Dienststelle für Auslandsvermögen auch diesen Betrag in die Tabelle ein (Ziffern 2 und 4). Sie erteilt, falls der Berechtigte die Verzichtserklärung (Ziffer 9) abgegeben hat, der in Ziffer 1 bezeichneten kontoführenden Stelle die Anweisung, an den Berechtigten eine Auszahlung in Höhe des in der Tabelle eingetragenen Entschädigungsbetrages vorzunehmen (Ziffern 8 und 9).

Gegen die Mitteilung der Dienststelle für Auslandsvermögen über die beabsichtigte Eintragung der Höhe des Entschädigungsbetrages ist der Widerspruch zulässig (Ziffer 5). Der Widerspruchsbescheid kann mit der Klage vor dem zuständigen deutschen Verwaltungsgericht angefochten werden (Ziffer 7). Satz 2 der Ziffer 7, der die klagebegründenden Tatsachen erschöpfend aufzählt, stellt sachlich keine Beschränkung des Klagerechts des Berechtigten dar; dieser Satz soll den Berechtigten lediglich darauf hinweisen, daß nur die Tätigkeit der Dienststelle für Auslandsvermögen, nicht dagegen die Maßnahmen der kolumbianischen Behörden der Nachprüfung durch das deutsche Verwaltungsgericht unterliegen. Wenn der Berechtigte die Maßnahmen der kolum-

bianischen Behörden nachprüfen lassen möchte — und daher die Abgabe der Verzichtserklärung (Ziffer 9) verweigert —, so bleibt ihm dies vor kolumbianischen Gerichten unbenommen. In diesem Falle kann zunächst gemäß Ziffer 9 eine Auszahlung aus der Globalsumme an den Berechtigten nicht erfolgen. Sollte er bezüglich der von ihm geltend gemachten Mehrforderung vor den kolumbianischen Gerichten durchdringen oder unterliegen, und unterzeichnet der Berechtigte danach die Verzichtserklärung, so kann nunmehr die kontoführende Bank zur Auszahlung des sich aus dem Abkommen ergebenden Entschädigungsbetrages angewiesen werden.

Die Ermittlung der nach Artikel 2 Berechtigten durch die Dienststelle für Auslandsvermögen wird in einer Anzahl von Fällen Schwierigkeiten bereiten. Im Hinblick hierauf ist diesen Berechtigten in Ziffer 6 das Recht eingeräumt worden, einen Antrag auf Eintragung in die Tabelle bei der Dienststelle für Auslandsvermögen zu stellen. Gegen die Zurückweisung des Antrages auf Eintragung durch die Dienststelle für Auslandsvermögen ist ebenfalls der Widerspruch nach Ziffer 5 und gegen den Widerspruchsbescheid die Klage vor dem deutschen Verwaltungsgericht nach Ziffer 7 zulässig.

Berechtigte, denen eine Mitteilung der Dienststelle für Auslandsvermögen nach Ziffer 3 nicht zugestellt und die einen Antrag auf Eintragung in die Tabelle innerhalb der in Ziffer 6 Abs. 2 vorgesehenen Frist nicht gestellt haben, verlieren die Anspruchsberechtigung. In Ziffer 12 ist jedoch vorgesehen worden, daß in diesen Fällen und ferner dann, wenn nachweislich über deutsche Vermögenswerte auf Grund kolumbianischer Maßnahmen verfügt, jedoch ein Betrag in die Listen des Fondo de Estabilización

nicht eingetragen worden ist, die Dienststelle für Auslandsvermögen aus den nach Durchführung der Ausschüttungen etwa noch verbleibenden Mitteln Ausnahmezahlungen gewähren kann. Eine Ausnahmezahlung muß innerhalb einer Frist von 2 Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens beantragt werden (Ziffer 12 Abs. 2).

Um das Verteilungsverfahren zu vereinfachen und um einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungs- und Kostenaufwand zu vermeiden, ist in Ziffer 10 vorgesehen worden, daß Bagatellbeträge (unter 20 kolumbianische Pesos) nicht ausgeschüttet werden.

Für Berechtigte mit Sitz oder Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes kann die Dienststelle für Auslandsvermögen nach Ziffer 11 erforderlichenfalls einen Treuhänder bestellen, dem die Mitteilungen nach Ziffer 3 zuzustellen sind. Er hat die Rechte des Berechtigten nach den Ziffern 5 und 7 im formellen Verfahren der Feststellung der Höhe der Entschädigung wahrzunehmen und gegebenenfalls die Entschädigungsbeträge zu verwalten. An den Treuhänder sind ferner die Entschädigungsbeträge in den Fällen auszukehren, in denen sie innerhalb einer angemessenen Frist nicht an den Berechtigten gezahlt werden können, weil dieser die nach Ziffer 9 notwendige Verzichtserklärung nicht abgegeben hat (Ziffer 11 Abs. 2). Die spätere Auszahlung durch den Treuhänder soll vorbehaltlich näherer Weisung durch die Dienststelle für Auslandsvermögen erfolgen; insbesondere muß sichergestellt sein, daß Ausschüttungsbeträge an die Berechtigten nur dann ausgekehrt werden, wenn sie die in Ziffer 9 bezeichnete Verzichtserklärung abgegeben haben.